

Gedenkrede  
an der Gedenkveranstaltung „Blumen für Gudendorf“  
6. Mai 2023

Ich danke Ihnen für die Einladung, die mich ehrt, an diesem Tag zum Gedenken an tausende sowjetischer Kriegsgefangener reden zu dürfen, die gekämpft haben, um das deutsche Volk vom Faschismus zu befreien und dann in deutschen Lagern ums Leben kamen, ermordet wurden.

Ich selbst habe nur schwache Erinnerungen an die Zeit des Krieges. Wir lebten, ausgebombt und evakuiert bei Bauern in einem Dorf, Sandstedt an der Weser. Der Krieg ging an ihm vorbei. Nur an eines erinnere ich mich genau. Auf dem Nachbarhof gab es einen russischen Arbeiter, zwischen uns ein Zaun, er war freundlich, wir glaubten, er würde sich von Baumrinde ernähren und behandelten ihn so, boten ihm Baumrinde durch den Zaun. So wurde das Bild vom „russischen Untermenschen“ in die Gehirne der Kinder gepflanzt. Ich schäme mich bis heute.

Erst Jahrzehnte später – nicht in der Schule, nicht im Studium – erst lange nach den Jahren des „organisierten Vergessens“ erfuhr ich, dass es mehr als 5,7 Millionen solcher russischen Arbeiter und Kriegsgefangener in Deutschland gab, von denen fast zwei Drittel, bis zu 3,3 Millionen nicht überlebte. Schon vor Kriegsbeginn war der Massentod sowjetischer Kriegsgefangener im sogenannten „Hungerplan“ einkalkuliert worden. Sie sollten in arbeitsfähige Gefangene unterschieden werden, die am Leben bleiben sollten, und nichtarbeitsfähige Gefangene, die ermordet wurden. Etwa 140.000 sowjetische Gefangene wurden als „politisch untragbar“ zur Ermordung an die Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und den Sicherheitsdienst (SD) übergeben. All diese sowjetischen Kriegsgefangenen waren nach der jüdischen Bevölkerung die zweitgrößte Opfergruppe der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik.

Vor zwei Wochen nahm ich in Hamburg an einer Gedenkfeier für die in der Schule am Bullenhusser Damm noch im April 1945 ermordeten 20 Kinder teil. Alljährlich wird in dem schon lange nicht mehr als Schule benutzten Gebäude am 20. April des grauenhaften Mordes gedacht. Eine private Initiative. Hinterbliebene und Verwandte werden aus Israel, Polen, Italien und Frankreich eingeladen. In den letzten Jahren hat sich auch die Stadt Hamburg zur Unterstützung dieser Initiative entschieden und entsendet seither eine Vertretung der Stadt. Am gleichen Tag wurden aber auch 24 sowjetische Kriegsgefangene ermordet. Wie sie hießen, weiß man bis heute nicht. Hinterbliebene oder Verwandte sind nicht bekannt. Sie werden bei der Gedenkfeier für die Kinder zwar erwähnt, aber eine Feier für sie gibt es nicht.

Auch die „Blumen für Gudendorf“ ist eine Privatinitiative, die die Gedenkstätte nutzt, um an das grauenhafte Schicksal der sowjetischen Kriegsgefangenen zu erinnern. Erinnern allein aber bleibt hilflos und stumpf, wenn nicht gleichzeitig aus der Geschichte die Erkenntnis der Gefahr neuer Kriege und der Antrieb, dagegen für den Frieden zu kämpfen, folgt. Erinnern ist aktiver Teil der Friedensbewegung, beide gehören zusammen, wie es die Mitglieder der Initiative „Blumen für Gudendorf“ praktizieren.

So Bertold Brecht in seiner Rede für den Frieden 1952:

„Das Gedächtnis der Menschheit für erduldetes Leiden ist erstaunlich kurz. Ihre Vorstellungsgabe für kommende Leiden ist fast nicht geringer. Die Beschreibungen, die der New Yorker von den Gräueln der Atombombe erhielt, schreckten ihn anscheinend nur wenig. Der Hamburger ist noch umringt von Ruinen, und doch zögert er, die Hand gegen einen neuen Krieg zu erheben. Die weltweiten Schrecken der vierziger Jahre scheinen vergessen. Der Regen von gestern macht und nicht nass, sagen viele.

Die Abgestumpftheit ist es, die wir zu bekämpfen haben, ihr äußerster Grad ist der Tod. Allzu viele kommen uns heute schon vor wie Tote, wie Leute, die schon hinter sich haben, was sie vor sich haben, so wenig tun sie dagegen.

Und doch wird nichts mich davon überzeugen, dass es aussichtslos ist, der Vernunft gegen ihre Feinde beizustehen. Lasst uns das tausendmal Gesagte immer wieder sagen, damit es nicht einmal zu wenig gesagt wurde! Lasst uns die Warnungen erneuern, und wenn sie schon wie Asche in unserem Mund sind! Denn der Menschheit drohen Kriege, gegen die vergangenen wie armselige Versuche sind, und sie werden kommen ohne Zweifel, wenn denen die sie in aller Öffentlichkeit vorbereiten, nicht die Hände zerschlagen werden.“

Als ich vor genau 20 Jahren in Stukenbrock zum Antikriegstag am 6. September die Gedenkrede hielt, konnte ich den ehemaligen Präsidenten der Sowjetunion Michail Gorbatschow zitieren. Er erinnerte sich in seinen Memoiren an den Besuch seiner Frau Raissa im Juni 1989 in Stukenbrock und schrieb: „Endlich geschah, was schon längst hätte geschehen müssen: Man verneigte sich vor den Gräbern unserer Landsleute, die in dem vom Faschismus aufgezwungenen Krieg ihr Leben lassen mussten, und man richtete ein gutes Wort an die Bürger des neuen Deutschland. Die deutsche Presse berichtete ausführlich darüber und würdigte diesen Akt als ein bedeutsames Ereignis, als eine >Geste der Versöhnung<.“

Auch heute verneigen wir uns vor den Gräbern der sowjetischen Kriegsgefangenen und Verschleppten, die hier zu Tode gequält wurden. Aber welches sind heute die „guten Worte“, die wir an die Bürgerinnen und Bürger richten können, und wie wird die Presse dies als eine „Geste der Versöhnung“ werten können?

Wir stehen mitten in einem furchtbaren Krieg, den wir uns nie so haben vorstellen können, der allen unseren Prinzipien vom Frieden widerspricht. Diesmal ist es die russische Armee, die unter schwerem Bruch des Völkerrechts ihren Nachbarstaat Ukraine überfallen und in einen nun schon über ein Jahr dauernden Krieg mit täglich neuen Opfern getrieben hat. Verschweigen wir nicht – was in der Politik und den Medien weitgehend verschwiegen wird – dass die NATO-Staaten die immer wieder von den russischen Regierungen beschworenen Sicherheitsinteressen missachtet haben und sehenden Auges die militärische Konfrontation in Kauf genommen, ja provoziert haben. Jeder Krieg hat seine Wurzeln, seine Vorgeschichte - und diese Verantwortung des Westens dürfen gerade wir Deutschen für unsere Haltung in diesem Krieg nicht verdrängen und unterschlagen.

Doch keine Provokation vermag den schweren Bruch des Völkerrechts, das Verbrechen des Angriffskrieges, der Aggression in den Worten des Art. 8bis des Internationalen Strafgesetzbuches, zu rechtfertigen. Wie es in der Ankündigung dieser Feier heißt: „Niemandem darf gestattet werden, völkerrechtswidrigen Kriege zu beginnen oder zu unterstützen.“

Welche Verantwortung ergibt sich dafür jetzt für uns? Wir müssen die Kriegslogik, die diesen Krieg Russlands gegen die Ukraine schon lange zu einem Krieg der NATO gegen Russland ausgeweitet hat, durchbrechen. Sie steuert auf eine unberechenbare Konfrontation von großen Mächten, die nicht nur über Atomwaffen verfügen, sondern in einer unübersehbaren Situation verführt werden können, sie auch einzusetzen. Jeder muss und wird mir zustimmen, dass dies zu einer Katastrophe führt, die unbedingt vermieden werden muss. Gewiss hat jeder Staat, der angegriffen wird, das Recht sich zu verteidigen – die UNO-Charta garantiert das Recht. Doch dieses Recht muss seine Grenzen haben, wenn die Opfer an Leben und Gesundheit der Menschen den Wert der Unantastbarkeit ihres Territoriums übersteigen.

Die Lehren aus den furchterlichen Schlachten und Stellungskriegen zweier Weltkriege, die die Deutschen verschuldet haben, sollten den Schutz menschlichen Lebens an die oberste Stelle jeder Politik rücken. Die immer noch herrschende Kriegslogik muss durch eine Friedenslogik ersetzt werden, deren oberstes Gebot Verhandlungen zur Beendigung des Krieges

ohne Waffen und nicht die Fortführung des Krieges mit Waffen bis zum Sieg ist. Siege haben nie zu dauerhaftem Frieden geführt, sondern nur Verhandlungen. Ein Sieg in diesem Krieg wird in den Stäben der NATO ohnehin von keiner Seite erwartet. Und so heißt es richtig in der Ankündigung dieser Gedenkveranstaltung: *„Nicht Waffenlieferungen in Kriegsgebiete, nicht Hass auf andere Völker und kriegerische Durchhalteparolen helfen Frieden zu schaffen, sondern nur das ernsthafte Bemühen um Interessenausgleich und die Respektierung des Völkerrechts durch alle.“* Nicht Waffen, sondern Diplomatie sind nach über einem Jahr Krieg jetzt gefordert. Von hier aus muss die Forderung an die Bundesregierung gehen, alles in ihren Möglichkeiten zu unternehmen, damit die Kampfhandlungen zwischen Russland und der Ukraine beendet werden und Friedensverhandlungen beginnen.

Und noch eines ergibt sich aus unserer Verantwortung: Wie auch immer dieser Krieg endet, nicht nur die Ukraine, sondern auch Russland wird bestehen und unser Nachbar bleiben. Ein dauerhafter Frieden wird es nur mit Russland und nicht gegen Russland geben. Mit allen Staaten ist trotz schwerer Kriegsverbrechen, die sie begangen haben, schließlich Frieden geschlossen worden. Ob mit den NATO-Staaten, die Jugoslawien unter Bruch des Völkerrechts überfallen haben oder die USA den Irak – wir alle können nur im Frieden überleben. Das wird von Russland die Anerkennung der Souveränität der Ukraine und die Pflicht zur Entschädigung und Wiedergutmachung fordern. Von uns aber alle Bemühungen, diesen Krieg so bald wie möglich helfen zu beenden und nicht aus falscher Solidarität zu verlängern. Wir müssen die unterbrochenen Gespräche und Kontakte zu den Menschen und Institutionen, die nichts mit dem Krieg zu tun haben, wieder aufnehmen, um den Frieden schon jetzt vorzubereiten. Nur dann macht es Sinn, dass wir an diesen Gräbern trauern und uns vor den Toten verneigen.

Von diesem Ort muss immer wieder der Ruf nach Frieden unter den Menschen und Völkern ausgehen. Dazu ist die Erinnerung an die Verbrechen und das Gedenken der Opfer ebenso notwendig wie der ständige Kampf gegen Propaganda, Manipulation und Lügen, Militarismus und Gleichgültigkeit, Machtinteressen und Opportunismus, Diffamierung und Arroganz, kurz die täglichen schwierigen Aufgaben der Friedensbewegung.